

# Windenergierecht aktuell

Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Ihnen die erste Ausgabe des Newsletters „Windenergierecht aktuell“ der Stiftung Umweltenergierecht zu präsentieren. Er geht auf den Newsletter „WER aktuell“ der Koordinierungsstelle Windenergierecht an der TU Braunschweig zurück, die ihre Arbeit zum 31. Dezember 2019 eingestellt hat. Herzlicher Dank gilt daher Herrn Prof. Dr. Edmund Brandt und seinem Team, insbesondere Herrn Prof. Dr. Bernd Günter und Frau Henriette Hageböling.

Unser neuer Newsletter informiert Sie regelmäßig über windenergiebezogene Themen aus den Bereichen

- Gesetzgebung und rechtspolitische Entwicklungen
- Rechtsprechung und
- Literatur

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen und freuen uns, wenn Sie unseren Newsletter weiterempfehlen!

Herzliche Grüße

Thorsten Müller

Frank Sailer

Vorsitzender  
des Stiftungsvorstandes

Leiter Forschungsgebiet  
Energieanlagen- und Infrastrukturrecht



---

## Aktuelles aus der Stiftung Umweltenergierecht

23. Würzburger Gespräche zum Umweltenergierecht I 1./2. April 2020 in Berlin  
„20 Jahre EEG – Wo kommen wir her? Wo gehen wir hin?“

Fokus Umweltenergierecht I 16. Juni 2020 in Würzburg  
„Aktuelle Probleme in der UVP von Windenergievorhaben - Neues Recht und alte Fragen“

Mehr Informationen finden Sie auf unserer [Veranstaltungsseite](#).

## Inhalt

<b>I. Gesetzgebung und rechtspolitische Entwicklungen</b>	<b>3</b>
1. EU	3
2. Bund	3
a. Bundestag	3
b. Bundesrat	6
3. Bundesländer	8
a. Baden-Württemberg	8
b. Bayern	8
c. Brandenburg	9
d. Hessen	11
e. Mecklenburg-Vorpommern	12
f. Niedersachsen	12
g. Rheinland-Pfalz	12
h. Sachsen	13
i. Sachsen-Anhalt	14
j. Schleswig-Holstein	14
k. Thüringen	15
<b>II. Aktuelle Rechtsprechung</b>	<b>16</b>
1. Bundesverwaltungsgericht	16
2. Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe	16
3. Verwaltungsgerichte	19
4. Zivilgerichte	21
<b>III. Literatur</b>	<b>22</b>
1. Juristische Aufsätze und Beiträge	22
2. Bücher	26
3. Sonstige wissenschaftliche Veröffentlichungen	27
<b>IV. Sonstiges</b>	<b>31</b>

## I. Gesetzgebung und rechtspolitische Entwicklungen

### 1. EU

#### **Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 5. Juni 2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt**

Aus dem Inhalt: Am 1.1.2020 ist die neue Elektrizitätsbinnenmarkt-Verordnung (EU) 2019/943 in Kraft getreten. Die EU-Verordnung, die unmittelbar in Deutschland gilt, sieht u.a. für Erneuerbare-Energien-Anlagen neue Regelungen für das Netzengpassmanagement vor. Auch sind Vorgaben für die Entschädigung im Falle der Abregelung von Erneuerbare-Energien-Anlagen vorgesehen, einschließlich Windenergieanlagen, die bis zu 100% der entgangenen Einnahmen betragen kann.

Zum Download:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32019R0943&from=EN>

### 2. Bund

#### a. Bundestag

Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage der Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen)

**Betreffend: „Wie viele Offshore Windenergieanlagen (bitte auch nach Leistungsfähigkeit in Megawatt) werden nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023 für die Einspeisung in das deutsche Stromnetz neu errichtet, und wie lang ist nach Einschätzung der Bundesregierung der Zeitraum in diesen Jahren, in der keine einzige neue Offshore Windenergieanlage ans Netz geht?“**

BT-Drucksache 19/17044 vom 07.02.2020, S. 36

Zum Download:

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/170/1917044.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage des Abgeordneten Steffen Kotré (AfD)

**Betreffend: „Was unternimmt die Bundesregierung, damit die Kosten des Rückbaus und Recyclings der abzubauenen Windkraftanlagen nicht dem Steuerzahler, Stromkunden und Grundstücksbesitzern zusätzlich aufgebürdet werden, nachdem das Umweltbundesamt festgestellt hat, dass die im Namen der Anlagegenehmigung erbrachten Rückstellungsleistungen voraussichtlich**

**die vollen Kosten des Rückbaus und Recyclings nicht decken werden, ja ab 2031 mit erheblichen Finanzierungslücken zu rechnen ist (Umweltbundesamt Texte 117/2019), und in welcher Höhe erwartet die Bundesregierung Belastungen für den Steuerzahler, Stromkunden und Grundstücksbesitzern infolge ungenügender Rückstellungen bzw. Insolvenz der Betreiberfirmen?“**

BT-Drucksache 19/17044 vom 07.02.2020, S. 39

Zum Download:

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/170/1917044.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage des Abgeordneten Steffen Kotré (AfD)

**Betreffend: „Was unternimmt die Bundesregierung, um die Umweltverträglichkeit dieser Entsorgung in Hinblick auf große Mengen Glas- bzw. kohlefaserverstärkter Kunststoffe sicherzustellen, und wie werden die Rotorblätter bei offenbar nicht vorhandener, ausreichender Entsorgungskapazität (Umweltbundesamt Texte 117/2019), zwischengelagert bzw. endgelagert?“**

BT-Drucksache 19/17044 vom 07.02.2020, S. 100

Zum Download:

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/170/1917044.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage des Abgeordneten Steffen Kotré (AfD)

**Betreffend: „Gedenkt die Bundesregierung dagegen aktiv zu werden, dass erhebliche volkswirtschaftliche und massive Umweltschäden entstehen, da die Betreiberfirmen nicht immer verpflichtet werden, auch Fundamentbestandteile tiefer als 1,5 Meter unter der Geländeoberfläche zu entfernen und so tatsächlich den ursprünglichen Zustand des natürlichen Bodens wiederherzustellen (Umweltbundesamt Texte 117/2019), und wenn ja, in welcher Weise gedenkt sie es zu tun?“**

BT-Drucksache 19/17044 vom 07.02.2020, S. 101

Zum Download:

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/170/1917044.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage der Abgeordneten Dr. Julia Verlinden (Bündnis 90/Die Grünen)

**Betreffend: „Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Beschäftigungssituation in der Windindustrie in den letzten zehn Jahren**

**entwickelt (bitte nach Jahren und Onshore bzw. Offshore aufschlüsseln), und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in 2020 um einen Beschäftigungsverlust in der Windenergiebranche zu verhindern?“**

BT-Drucksache 19/17044 vom 07.02.2020, S. 44

Zum Download:

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/170/1917044.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion

**Betreffend: Geplante Mindestabstandsregelung für Windräder**

BT-Drucksache 19/17082 vom 07.02.2020

Zum Download:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/170/1917082.pdf>

Kleine Anfrage der FDP-Fraktion

**Betreffend: Strategie der Bundesregierung für den Ausbau der Offshore-Windenergie**

BT-Drucksache 19/16871 vom 29.01.2020

Zum Gesamtvorgang:

<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP19/2584/258456.html>

Kleine Anfrage der AfD-Fraktion

**Betreffend: Rückbau und Entsorgung von Windrädern**

BT-Drucksache 19/16796 vom 27.01.2020

Zum Gesamtvorgang:

<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP19/2582/258288.html>

Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Betreffend: Abstandsregeln für Windenergieanlagen**

BT-Drucksache 19/16416 vom 08.01.2020

Zum Gesamtvorgang:

<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP19/2564/256461.html>

Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Betreffend: Verlängerung der Frist für die Umsetzung der bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung von Windenergieanlagen**  
BT-Drucksache 19/16253 vom 30.12.2019

Zum Gesamtvorgang:

<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP19/2567/256742.html>

#### **b. Bundesrat**

Beschluss des Bundesrates auf Empfehlungen der Ausschüsse hin nach Beschluss der Bundesregierung

**Betreffend: Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen (AVV)**

BR-Drucksache 15/20 vom 08.01.2020; 15/1/20 vom 31.01.2020; 15/20 (B) vom 14.02.2020

Aus dem Inhalt der Beschlussvorlage der Bundesregierung: „Mit dem Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2549) wurde die Pflicht zur Ausrüstung von Windenergieanlagen mit Systemen zur bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung (BNK) eingeführt. Zudem besteht nun die Möglichkeit, für die Aktivierung der Nachtkennzeichnung auch ausschließlich Signale von Flugsicherungstranspondern zu nutzen. Da die derzeitige Fassung der AVV für die BNK eine Aktivierung „unabhängig von der technischen Ausstattung des Luftfahrzeuges“ fordert, muss diese Regelung angepasst werden.

(...) Nach Schätzungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) sind hiervon 17.500 Windenergieanlagen betroffen. (...)“

Aus dem Inhalt der Empfehlungen der Ausschüsse: „Zugleich wird eine bestmögliche Förderung der Umsetzung der Energiewende dann erreicht, wenn die BNK möglichst technologieoffen ausgestaltet ist. Mit der Radartechnik existiert bereits eine erprobte und sichere Alternative zur Transpondertechnologie. Die von der Bundesregierung vorgelegte Fassung des Anhangs 6 der AVV enthält jedoch an mehreren Stellen erhöhte Anforderungen für die Nutzung der Radartechnik gegenüber der AVV a.F., die weder hinreichend mit Sicherheitserwägungen begründet werden können, noch einem offenen Wettbewerb um die bestmögliche Ausstattung von Windenergieanlagen (WEA) mit BNK dienlich sind.“

Der Bundesrat stimmte der Beschlussvorlage der Bundesregierung unter Änderungen zu, die allerdings deutlich hinter dem zurückblieben, was die Ausschüsse gefordert hatten.

Zum Download

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/brd/2020/0015-20.pdf>

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/brd/2020/0015-1-20.pdf>

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/brd/2020/0015-20B.pdf>

Beschluss des Bundesrates auf Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen

**Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)**

BR-Drucksache 15/20 (B) vom 14.02.2020

BR-Drucksache 631/19 vom 26.11.2019

Aus dem Inhalt: „Einbringung des Gesetzentwurfs gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG beim Deutschen Bundestag (...)“

„Problem (...) Während die aufschiebende Wirkung die Bieter am Vollzug der Genehmigung hindert, läuft die Frist nach § 55 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 und Abs. 2 S. 1 Nr. 2 EEG weiter, sodass sich die Bieter in der Regel mit der Strafzahlung konfrontiert sehen. Die übliche Dauer der Gerichtsverfahren von mehreren Jahren verstärkt diesen Effekt zusätzlich. Eine ähnliche Problematik ergibt sich aufgrund des § 36i EEG hinsichtlich der Dauer des Zahlungsanspruchs (...). Der Zeitraum von 20 Jahren, innerhalb dessen die nach dem Ausschreibungsprinzip ermittelte Einspeisevergütung gezahlt wird, beginnt spätestens 30 Monate nach der Bekanntgabe des Zuschlags an den Bieter, selbst dann, wenn der Bieter eine Fristverlängerung nach § 36e Abs. 2 erhalten hat und die Inbetriebnahme zu einem späteren Zeitpunkt stattfindet. (...)“

Lösung: (...) Auslösen der hemmenden Wirkung nach § 55 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 und Abs. 2 S. 1 Nr. 2 EEG, sobald und solange das mit aufschiebender Wirkung beklagte Windenergieprojekt im Rechtsstreit befangen ist; (...) Aussetzung der Frist nach § 36i EEG, so lange das mit aufschiebender Wirkung beklagte Windenergieprojekt im Rechtsstreit befangen ist.“

Zum Download:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/brd/2020/0015-20B.pdf>

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/brd/2019/0631-19.pdf>

### 3. Bundesländer

#### a. Baden-Württemberg

Kleine Anfrage der FDP/DVP-Fraktion

**Betreffend: Windenergienutzung im Nordschwarzwald**

LT-Drucksache 16/7440 vom 16.12.2019

Zum Download:

[https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/7000/16\\_7440\\_D.pdf](https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/7000/16_7440_D.pdf)

#### b. Bayern

Antrag der SPD-Fraktion

**Betreffend: Energiewende anpacken! Windenergie ausbauen! 10H-Regelung abschaffen!**

LT-Drucksache 18/5858 vom 28.01.2020

Aus dem Inhalt: „Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird aufgefordert, (...) Vorschlag zur Abschaffung der 10H-Regelung vorzulegen (...). Begründung: (...) 2019 wurden gerade mal sechs neue Windkraftanlagen neu errichtet. (...) Während andere Bundesländer den Kohleausstieg bewältigen müssen, leistet sich Bayern mit der 10H-Regelung bundesweit die strengste Abstandsregelung (...). Dies (...) gefährdet eine erfolgreiche Energiewende und treibt deren Kosten in die Höhe.“

Download:

[http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage\\_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000004000/0000004106.pdf](http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000004000/0000004106.pdf)

Antrag von Abgeordneten der AfD-Fraktion

**Betreffend: Die weitere Aufweichung des Artenschutzes für den Windkraftausbau verhindern!**

LT-Drucksache 18/5742 vom 23.01.2020

Aus dem Inhalt: „Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen gegen die weitere Aufweichung des Artenschutzes zugunsten der Windkraft einzusetzen.“



Download:

[http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage\\_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000004000/0000004007.pdf](http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000004000/0000004007.pdf)

### c. Brandenburg

Kleine Anfrage des Abgeordneten Daniel Münschke (AfD)

**Betreffend: Materialbeschaffenheit von Windkraftanlagen (WKA) in Brandenburg: Carbonwerkstoffe**

LT-Drucksache 7/629 vom 11.02.2020

Zum Gesamtvorgang:

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-324891>

Kleine Anfrage des Abgeordneten Daniel Münschke (AfD)

**Betreffend: Materialbeschaffenheit von Windkraftanlagen (WKA) in Brandenburg: Betongüten**

LT-Drucksache 7/629 vom 11.02.2020

Zum Gesamtvorgang:

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-324892>

Kleine Anfrage des Abgeordneten Steffen Kubitzki (AfD)

**Betreffend: Rückgang des Landes Brandenburg bei den Erneuerbaren Energien im Ranking 2019**

LT-Drucksache 7/620 vom 10.02.2020

Zum Gesamtvorgang:

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-324819>

Kleine Anfrage der Abgeordneten Christine Wernicke (BVB/Freie Wähler)

**Betreffend: Ersatzzahlungen für nicht durchführbare Ausgleichs-, Ersatz- und Kompensationsmaßnahmen**

LT-Drucksache 7/601 vom 06.02.2020

Zum Gesamtvorgang:

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-324820>

Kleine Anfrage der Abgeordneten Christine Wernicke (BVB/Freie Wähler)

**Betreffend: Windkraftanlagen in Brandenburg - Zahlen zum Jahresende 2019**

LT-Drucksache 7/600 vom 06.02.2020

Zum Gesamtvorgang:

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-324819>

Kleine Anfrage des Abgeordneten Péter Vida (BVB/Freie Wähler)

**Betreffend: Transparenz gefragt bei Genehmigung und Vergabe von mindestens 7 Windenergieanlagen im Windpark Biegen in Briesen**

LT-Drucksache 7/596 vom 04.02.2020

Zum Gesamtvorgang:

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-324790>

Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten Heiner Klemp (Bündnis 90/Die Grünen)

**Betreffend: Finanzielle Beteiligung von Kommunen am Ausbau der Windkraft**

LT-Drucksache 7/349 vom 12.12.2019

Zum Gesamtvorgang:

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-322919>

Antrag der BVB/Freie Wähler Fraktion

**Betreffend: Brandenburg braucht Mindestabstände von Windrädern zur Wohnbebauung: Forderung gegenüber dem Bund aufrechterhalten!**

LT-Drucksache 7/260 vom 03.12.2019

Zum Gesamtvorgang:

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-323284>

#### d. Hessen

Kleine Anfrage des Abgeordneten René Rock (FDP)

**Betreffend: Rückbau und Entsorgung von Windkraftanlagen**

LT-Drucksache 20/2439 vom 19.02.2020

Zum Download:

<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/9/02439.pdf>

Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Rainer Rahn (AfD)

**Betreffend: Berücksichtigung von Aspekten der freien Religionsausübung bei der Planung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen**

LT-Drucksache 20/2389 vom 12.02.2020

Zum Download:

<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/9/02389.pdf>

Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Rainer Rahn (AfD)

**Betreffend: Rückbau von Windenergieanlagen**

LT-Drucksache 20/2334 vom 07.02.2020

Zum Download:

<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/4/02334.pdf>

Kleine Anfrage des Abgeordneten René Rock (FDP)

**Betreffend: Windkraft: Rechtswidrige Ausnahmen vom Tötungsverbot**

LT-Drucksache 20/2178 vom 03.02.2020

Zum Download:

<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/02178.pdf>

Kleine Anfrage von Abgeordneten der AfD-Fraktion

**Betreffend: Befristete Genehmigungen für Windenergieanlagen und Kompensationserfordernis, Auflistung der Windenergieanlagen unter Angabe von Genehmigungsdatum und Befristungsdauer, Bemessung des Kompensationsumfangs**

LT-Drucksache 20/1745 vom 19.12.2019

Zum Download:

<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/5/01745.pdf>

#### e. Mecklenburg-Vorpommern

Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Reuken (AfD)

**Betreffend: Windparks im Bereich Penkun**

LT- Drucksache 7/4570 vom 28.01.2020

Zum Gesamtvorgang:

<http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/vorgang/31934>

#### f. Niedersachsen

Kleine Anfrage von Abgeordneten der FDP-Fraktion

**Betreffend: Positionierung der Landesregierung zu Windkraft im Wald. Pläne der CDU-Fraktion zur Erleichterung der Errichtung von Windkraft im Wald, Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie an und in Wäldern und Anerkennung des Baus von erneuerbaren Energien als Ausnahmegrund beim Artenschutz; Positionierung der Landesregierung, konkrete Maßnahmen zur Umsetzung, Änderung des Windenergieerlasses**

LT-Drucksache 18/05815 vom 12.02.2020

Zum Gesamtvorgang:

<https://www.nilas.niedersachsen.de/starweb/NILAS/servlet.starweb?path=NILAS/lisshfl.web&id=nilaswebfastlink&format=WEBLANGFL&search=WP=18%20AND%20DART=D%20AND%20DNR=5815>

Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Imke Byl (Bündnis 90/Die Grünen)

**Betreffend: Änderungsentwurfs zur Schaffung von Flächen für die Windenergie durch das Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig**

LT-Drucksache 18/5438 vom 17.12.2019

#### g. Rheinland-Pfalz

Antrag der AfD-Fraktion

**Betreffend: Landschaftsschutz umsetzen, gesetzliche Privilegierung von Windindustrieanlagen im Außenbereich aufheben**

LT-Drucksache 17/11119 vom 24.01.2020

Zum Download:

<https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/11119-17.pdf>

Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten  
Stephanie Lohr (CDU)

**Betreffend: Trinkwasserschutz bei der Genehmigung von Windkraftanlagen**

LT-Drucksache 17/11078 vom 20.01.2020

Zum Download:

<https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/11078-17.pdf>

Große Anfrage der AfD-Fraktion

**Betreffend: Windindustrieanlagen im Wald**

LT-Drucksache 17/11000 vom 08.01.2020

Zum Download:

<https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/11000-17.pdf>

## **h. Sachsen**

Antwort der Landesregierung auf die kleine Anfragen von Abgeordneten der  
AfD-Fraktion

**Betreffend: Windenergieausbau in verschiedenen Planungsregionen  
Sachsens**

LT-Drucksache 7/1288 vom 07.02.2020; 7/1300-7/1302 vom 14.01.2020

Zum Download:

[http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=1288&dok\\_art=Drs&leg\\_per=7&pos\\_dok=&dok\\_id=261961](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=1288&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=&dok_id=261961)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Jan-Oliver Zwerg (AfD)

**Betreffend: Regionale Wertschöpfung durch Windenergie in Sachsen**

LT-Drucksache 7/1481 vom 23.01.2020

Zum Download:

[http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=1481&dok\\_art=Drs&leg\\_per=7&pos\\_dok=&dok\\_id=261495](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=1481&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=&dok_id=261495)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Jan-Oliver Zwerg (AfD)

**Betreffend: Raumordnung Windenergie Sachsen**

LT-Drucksache 7/1479 vom 23.01.2020

Zum Download:

[http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=1479&dok\\_art=Drs&leg\\_per=7&pos\\_dok=&dok\\_id=261493](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=1479&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=&dok_id=261493)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Jörg Urban (AfD)

**Betreffend: Zubau Windenergie in Sachsen**

LT-Drucksache 7/1281 vom 10.01.2020

Zum Download:

[http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=1281&dok\\_art=Drs&leg\\_per=7&pos\\_dok=0&dok\\_id=undefined](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=1281&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=0&dok_id=undefined)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Jörg Urban (AfD)

**Betreffend: Nachfrage zu 7/176 „Windenergiegipfel und Naturschutz“**

LT-Drucksache 7/1282 vom 10.01.2020

Zum Download:

[http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=1282&dok\\_art=Drs&leg\\_per=7&pos\\_dok=0&dok\\_id=undefined](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=1282&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=0&dok_id=undefined)

#### **i. Sachsen-Anhalt**

Beschluss des Landtages

**Betreffend: „Die Landesregierung ist gebeten, sich gegenüber dem Bund für eine Neufassung des Gewerbesteuergesetzes einzusetzen: (...) 2. Die Gewerbesteuererlegung bei Anlagen, die zur Erzeugung von Strom und anderen Energieträgern sowie Wärme aus Windenergie und solarer Strahlungsenergie dienen, ist künftig nach der installierten Leistung im Sinne von § 3 Nummer 31 EEG 2017 vorzunehmen. (Vgl. auch LT- Drucksache 7/5320 vom 25.11.2019)“**

LT-Drucksache 7/5456 vom 19.12.2019

Zum Gesamtvorgang:

<https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/starweb/PADOKA/servlet.starweb?path=PADOKA/LISSHVFL.web&search=V-179617>

#### **j. Schleswig-Holstein**

Antrag der SPD-Fraktion

**Betreffend: Bürgerbeteiligung an der Windkraft sicherstellen**

LT-Drucksache 19/1989 vom 06.02.2020

Download:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/01900/drucksache-19-01989.pdf>

Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten  
Thomas Hölck (SPD)

**Betreffend: Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein 2019/2020**

LT-Drucksache 19/1932 vom 23.01.2020

Zum Download:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/01900/drucksache-19-01933.pdf>

Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten  
Thomas Hölck (SPD)

**Betreffend: Dritter Entwurf der Regionalpläne Windenergie**

LT-Drucksache 19/1933 vom 23.01.2020

Zum Download:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/01900/drucksache-19-01933.pdf>

**k. Thüringen**

Kleine Anfragen der Abgeordneten Nadine Hoffmann (AfD)

**Betreffend: Geplanter Bau von Windenergieanlagen auf dem Waldauer Berg bei Schleusingen**

LT-Drucksache 7/251 vom 28.01.2020

Download:

[http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/74206/geplanter\\_bau\\_von\\_windenergieanlagen\\_auf\\_dem\\_waldauer\\_berg\\_bei\\_schleusingen\\_teil\\_i.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/74206/geplanter_bau_von_windenergieanlagen_auf_dem_waldauer_berg_bei_schleusingen_teil_i.pdf)

[http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/74207/geplanter\\_bau\\_von\\_windenergieanlagen\\_auf\\_dem\\_waldauer\\_berg\\_bei\\_schleusingen\\_teil\\_II.pdf](http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/74207/geplanter_bau_von_windenergieanlagen_auf_dem_waldauer_berg_bei_schleusingen_teil_II.pdf)

## II. Aktuelle Rechtsprechung

### 1. Bundesverwaltungsgericht

#### **BVerwG mit Urteil vom 26.09.2019 - 7 C 1/18**

Erfolgreiche Revision gegen die Aufhebung eines Genehmigungsbescheides durch das Berufungsgericht. Mit dem Bescheid gewährte der Beklagte Dritten Zugang zu einem Gutachten als Gegenstand des Genehmigungsverfahrens mehrerer WEA.

Aus dem Inhalt: Zum urheberrechtlichen Schutz eines im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren vorgelegten naturschutzfachlichen Gutachtens. Der lediglich mit der "akzessorischen" Verwendung von Vervielfältigungsstücken einhergehende Regelungszweck von § 45 UrhG wird überschritten, wenn die Vervielfältigung gerade Ziel des Genehmigungsverfahrens ist. Zu abwägungsrelevanten öffentlichen Interessen an der Informationsbekanntgabe

#### **BVerwG mit Urteil vom 26.09.2019 – 7 C 3/18 (siehe auch Urteil vom 26.09.2019 – 7 C 5/18, 7 C 6/18 und 7 C 7/18)**

Erfolgreicher Revisionsantrag gegen die Aufhebung der Genehmigungsbescheide für 5 WEA durch das Berufungsgericht

Aus dem Inhalt: Windfarmbegriff nach UVPG, eingeschränkte Prüfungspflicht (bezüglich Artenschutzrecht) in der standortbezogenen Vorprüfung aufgrund des Schutzgebietsbezugs in § 3c UVPG a.F. und der Anlage 2 Ziff. 2.3 UVPG a.F. (klargestellt durch die Novelle des § 7 Abs. 2 S. 3 UVPG von 2017), zur Übereinstimmung dieser Auslegung mit Unionsrecht

### 2. Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe

#### **OVG Koblenz mit Urteil vom 18.12.2019 - 8 A 10797/19**

Erfolgloser Berufungsantrag gegen die Abweisung einer Klage gegen einen Genehmigungsbescheid für 3 WEA

Aus dem Inhalt: Maßgeblichkeit der schallschutzrechtlichen Abnahmevermessung gegenüber Schallprognosen, zu fehlenden subjektiven Rechtspositionen aufgrund artenschutzrechtlicher Normen für Privatpersonen und zur Unionsrechtskonformität dieser Rechtsschutzbeschränkung



**OVG Lüneburg mit Urteil vom 07.02.2020 – 12 KN 75/18**

Erfolgreicher Normenkontrollantrag gegen die Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms

Aus dem Inhalt: Berücksichtigung von "bauleitplanerisch" für die Windenergie "gesicherten Bereichen" bei der Aufstellung eines RROP, Einordnung von Naturschutzgebieten und Siedlungsabständen als harte und weiche Tabukriterien im Rahmen der Planabwägung, zur Frage, ob der Plangeber der Windenergienutzung substantiell Raum geschaffen hat

**OVG Lüneburg mit Beschluss vom 24.01.2020 – 7 LA 7/19**

Erfolgloser Berufungszulassungsantrag gegen die Abweisung einer Verpflichtungsklage auf Genehmigungserteilung

Aus dem Inhalt: Rechtlichen Natur und Bestandskraft einer festgestellten Platzrunde als besondere Regelung i. S. v. § 22 LuftVO und den rechtlichen Angriffsmöglichkeiten eines benachbarten Grundstückseigentümers von Flächen mit Nutzungspotentialen für Windenergieanlagen

**OVG Lüneburg mit Beschluss vom 19.12.2019 - 12 ME 168/19**

Erfolglose Beschwerde auf Änderung der erstinstanzlichen Eilrechtsschutzentscheidung, mit welcher die aufschiebende Wirkung eines Drittwiderspruchs wiederhergestellt worden war

Aus dem Inhalt: Rechtmäßigkeit einer Baufreigabe für WEA mittels baurechtlicher Änderungsgenehmigungen während des Drittwiderspruchsverfahrens vor dem Hintergrund der immissionsschutzrechtlichen Konzentrationswirkung

**VGH Mannheim mit Beschluss vom 17.12.2019 - 10 S 566/19, 10 S 823/19**

Erfolglose Beschwerde auf Änderung der erstinstanzlichen Eilrechtsschutzentscheidung, mit welcher die aufschiebende Wirkung einer Klage des antragstellenden Naturschutzvereins gegen den Genehmigungsbescheid wiederhergestellt worden war

Aus dem Inhalt: Zur Begrifflichkeit „eine die Anlage betreffende behördliche Entscheidung“ im Sinne von § 13 BImSchG, Umwandlungsgenehmigung einer Waldnutzung in eine andere Nutzungsart (in Gestalt der Nutzung „Errichtung und Betrieb einer genehmigungsbedürftigen Anlage“) am Anlagenstandort

einer WEA als in die immissionsschutzrechtliche Genehmigung eingeschlossene Entscheidung, außerdem zur Betroffenheit von Belangen, welche Ziele betreffen, die satzungsmäßig durch einen anerkannten Naturschutzverein gefördert werden, § 2 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 UmwRG

### **VGH München mit Beschluss vom 19.12.2019 - 22 CS 19.2233**

Erfolgreiche Beschwerde gegen die Ablehnung des einstweiligen Rechtshilfesuchts eines nicht dinglich berechtigten Nachbarn durch das VG

Aus dem Inhalt: Wirkung der materiellen Rechtskraft eines früheren, aufhebenden Urteils für die Behebung von Fehlern, derentwegen eine Genehmigung aufgehoben worden war, zum ausschließlich dinglichen Bezug des bauordnungsrechtlichen Abstandsflächenrechts und zur entsprechenden Einschränkung des Rechtsschutzes gegen Ausnahmeregelungen (bezogen auf den Schutz gegen Eisabwurf), Verhältnis von nachträglichen Anordnungen nach § 17 BImSchG und mit Genehmigung anzuordnenden Nebenbestimmungen

### **OVG Münster mit Beschluss vom 19.12.2019 - 8 B 858/19**

Erfolgreiche Beschwerde auf Änderung des verwaltungsgerichtlichen Beschlusses, mit welchem die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen den Genehmigungsbescheid abgelehnt wurde

Aus dem Inhalt: Zu diversen immissionsschutzrechtlichen Fragen: pauschaler Zuschlag wegen Ton- und Impulshaltigkeit, Maßgeblichkeit der TA-Lärm jenseits der Inhalte von „Night Noise Guidelines for Europe“ (WHO) und der Umgebungslärmrichtlinie (RL 2002/49/EG), keine pauschale Gesundheitsgefahr durch Infraschall, zu Folgefragen aus OLG Schleswig 7 U 149/18 für Beweiserfordernisse im verwaltungsgerichtlichen Hauptsacheverfahren und Eilrechtsschutzverfahren, auch zur optisch bedrängenden Wirkung bei 3,2-fachem Abstand zur Wohnbebauung

### 3. Verwaltungsgerichte

#### **VG Düsseldorf mit Urteil vom 03.12.2019 – 28 K 984/17**

Erfolgreiche Teilanfechtungsklage gegen immissionsschutzrechtliche Nebenbestimmungen

Aus dem Inhalt: Immissionsschutzrechtlichen Nachbarbegriff, hier für den Fall eines Kommanditisten der Betreibergesellschaft, zum Verhältnis öffentlicher Belange und privater Verzichtserklärungen bezüglich nachbarrechtlicher Abwehrrechte, Immission durch Beschattung

#### **VG Gießen mit Urteil vom 07.02.2020 – 1 K 6019/18.GI**

(bislang nicht veröffentlicht)

Erfolgreiche Anfechtungsklage eines nach § 3 Abs. 1 UmwRG anerkannten Verbandes gegen Genehmigungsbescheid

Aus dem Inhalt: Unionsrechtswidrigkeit einer Ausnahmeerteilung vom artenschutzrechtlichen Tötungsverbot auf Grundlage von § 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 5 BNatSchG bei geschützten Arten im Sinne der RL 2009/147/EG (Vogelschutzrichtlinie/VRL) für WEA, zum diesbezüglichen Unterschied zwischen Art. 16 Abs. 1 Buchst. c der RL 92/43/EWG (FFH-RL) und Art. 9 Abs. 1 VRL, Ausnahmemöglichkeiten nach § 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 4 BNatSchG für WEA

#### **VG Koblenz mit Beschluss vom 22.01.2020 – 4 L 2/20.KO**

Erfolgreicher Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Drittanfechtungsklage gegen Genehmigungsbescheid

Aus dem Inhalt: Rechtsschutzbedürfnis eines Drittantrags auf Eilrechtsschutz gegen einen immissionsschutzrechtlichen Vorbescheid, Rechtsschutzgewähr für Drittbetroffene durch sog. Zweitregelung eines angefochtenen Vorbescheides im Genehmigungsbescheid

#### **VG Minden mit Urteil vom 17.01.2020 – 10 K 435/17**

Erfolgreiche Drittanfechtungsklage gegen Genehmigungsbescheid

Aus dem Inhalt: zumutbare Schallpegel für Bewohner des Außenbereichs, optisch bedrängende Wirkung einer WEA auf Außenbereichsgrundstücke

**VG Minden mit Urteil vom 11.12.2019 – 11 K 1787/18**

Erfolgreiche Versagungsgegenklage auf Neubescheidung

Aus dem Inhalt: Anforderungen an die Flächennutzungsplanung mit den Wirkungen des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB, insofern zur Entwicklung eines schlüssigen, den gesamten Außenbereich der Gemeinde umfassenden Gesamtkonzepts unter Abwägung der harten und weichen Tabuzonen, zur (vorliegend abwägungsfehlerhaften) Einordnung von Naturschutzgebieten, Wohnbebauungsabstandsflächen, Bereichen für den Schutz der Natur (BSN), zur (vorliegend unzureichend begründeten) Einordnung von FFH-Gebieten und allgemeinen Siedlungsgebieten als harte Tabuzonen, Einordnung von Waldflächen, Vorsorgeabständen zu Wohnbebauung und Schutzgebieten als weiche Tabuzonen

**VG Münster mit Urteil vom 17.01.2020 – 10 K 7302/17**

Erfolgreiche Drittanfechtungsklage gegen Genehmigungsbescheid

Aus dem Inhalt: Zum Immissionschutz, Zuschlag wegen Impulshaltigkeit mit Blick auf die rhythmische Geräuscharakteristik einer WEA nicht erforderlich, fehlende Drittschutzwirkung des Vorsorgeprinzips gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG, keine schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des § 3 Abs. 1 BImSchG durch Infraschall nach derzeitigem wissenschaftlichen Erkenntnisstand, zur optisch bedrängenden Wirkung einer WEA

**VG Schleswig mit Beschluss vom 27.01.2020 – 6 B 47/19**

Erfolgreicher Antrag eines Drittbetroffenen auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Anfechtungsklage gegen einen Genehmigungsbescheid

Aus dem Inhalt: TA Lärm als nicht vom aktuellen Erkenntnisstand überholte, normenkonkretisierende Verwaltungsvorschrift, Eiswurf, Diskoeffekt, Schattenwurf, Infraschall, optisch bedrängende Wirkung, zur subjektiven Rechtsverletzung durch Wertverluste eines Nachbargrundstücks infolge der Genehmigung einer WEA

**VG Trier mit Urteil vom 15.01.2020 – 9 K 2133/19.TR**

Erfolgreiche Versagungsgegenklage auf Neubescheidung

Aus dem Inhalt: Entgegenstehende öffentliche Belange gemäß § 35 Abs. 3 S. 2 BauGB wegen widersprechender Ziele der Raumordnung bei

raumbedeutsamen Vorhaben, Einordnung von WEA als raumbedeutsame Maßnahmen (insoweit BVerwG, Beschluss vom 02. August 2002 – 4 B 36/02), Zulässigkeit einer Ausschlusswirkung außerhalb von regionalplanerisch festgesetzten Vorranggebieten als Ziel eines Regionalen Raumordnungsplans (keine unzulässige Verhinderungsplanung)

#### **VG Würzburg mit Urteil vom 22.01.2019 – W 4 K 19.56**

Erfolgreicher Antrag auf (Fortsetzungs)feststellung bezüglich Baustilllegungsverfügung gegen die Errichtung einer WEA nach Typenwechsel

Aus dem Inhalt: Zu den sich aus § 16 Abs. 1 S. 1 BImSchG ergebenden Änderungsgenehmigungspflichten beim Typenwechsel einer WEA mit Blick auf immissionsschutzrechtliche und artenschutzrechtliche Fragen

#### **4. Zivilgerichte**

##### **BGH mit Beschluss vom 12.11.2019 – EnVR 108/18**

Erfolgreiche Rechtsbeschwerde gegen die Beschwerdezurückweisung in der Eingangsinstanz

Aus dem Inhalt: Formerfordernis einer Verzichtserklärung nach 22 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 Buchst. c EEG 2017 gegenüber der BNetzA, Wirksamkeit eines per Fax übermittelten Verzichts auf Vergütung als Voraussetzung für die Teilnahme an Ausschreibungen, herabgesetzte Anforderungen an die Schriftform nach § 126 Abs. 1 BGB im Verwaltungsverfahren, Verbot des widersprüchlichen Verhaltens bei Annahme eines Schriftformverzichts und nachträglicher Berufung auf Schriftform

### III. Literatur

#### 1. Juristische Aufsätze und Beiträge

**Agatz, Monika**

**Zivilrechtlicher Abwehranspruch und öffentlich-rechtlicher Nachbarschutz bei Windenergieanlagen im Vergleich**

Zeitschrift für neues Energierecht (ZNER) 2019, Heft 6, S. 511-529

Aus dem Inhalt: „Der öffentlich-rechtliche Schutzanspruch, den das Immissionsschutzrecht und das Baurecht gegenüber Industrieanlagen gewähren, wird bei kaum einer anderen Anlagenart derart grundsätzlich kritisiert, wie in Bezug auf Windenergieanlagen. So wird das Beurteilungssystem der TA Lärm als unzureichend in Bezug auf die Schallimmissionen von Windenergieanlagen empfunden, die Geräuschanteile im tieffrequenten Bereich hervorgehoben und die Zumutbarkeit der optischen Erscheinung sowie die Gefahren durch Eiswurf oder Anlagenhavarien diskutiert. (...) Neben dem Verwaltungsrechtsweg, auf dem bereits seit vielen Jahren und stetig fortgesetzt umfangreiche Auseinandersetzungen mit der Wirkung von Windenergieanlagen und ihrer Beurteilung stattfinden, werden nun zunehmend auch Klagen bei den Zivilgerichten eingelegt, die bisher nicht mit Nachbarschutz bei Windenergieanlagen befasst waren. Der Eindruck vermeintlicher Unzulänglichkeiten des öffentlichen Immissionsschutzrechts resultiert dabei mitunter lediglich aus einem Fehlverständnis über technische Fachbegriffe, Methoden und materielle Grundkonzepte des Immissionsschutzes, was Anlass zu einer fachlichen Aufklärung gibt. (...)“

**Diekmann, Carsten**

**Windkraftanlagen und ihre Befeuern – Neues für die Verwaltungspraxis**

Umwelt- und Planungsrecht (UPR) 2019, Heft 8, S. 438-440

Aus dem Inhalt: „Die Errichtung und der Betrieb von WKA bedürfen in aller Regel einer Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), die wegen § 13 BImSchG zugleich eine Baugenehmigung ist; in seltenen Ausnahmefällen bedarf es auch nur einer Baugenehmigung. In beiden Fällen aber gilt auf Grund des § 14 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG), dass eine Baugenehmigung für Bauwerke, die eine Höhe von 100 Metern über der Geländeoberkante erreichen, nur mit Zustimmung der Luftfahrtbehörden erteilt werden darf. Windkraftanlagen (WKA) erreichen regelmäßig solche Höhen. Sie sind daher als Luftfahrthindernisse zu qualifizieren und als solche zu befeuern. (...)“

**Dix, Robert**

**Bauplanungsrechtliche Rahmenbedingungen der Windenergienutzung am Beispiel sog. Repowering-Vorhaben**

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) 2020, Heft 4, S. 184-190

Aus dem Inhalt: „Der Beitrag gibt eine Übersicht über den Status Quo der bauleitplanerischen Rahmenbedingungen der Windenergienutzung am Beispiel so genannter Repowering-Vorhaben. Zunächst wird die besondere Bedeutung der bauleitplanerischen Situation für Repowering-Projekte erläutert. Hierauf aufbauend wird die Wirksamkeit überholter bauleitplanerischer Festsetzungen unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Funktionslosigkeit beleuchtet. Danach wird aufgezeigt, wieso ein Hinwachsen in eine so genannte Verhinderungsplanung rechtlich der falsche Betrachtungsrahmen ist und der Vorhabenträger stattdessen im Ernstfall auf kommunalaufsichtsrechtliche Maßnahmen und Planungsgebote der Raumordnungsbehörden verwiesen bleibt. Der Beitrag schließt mit einer kritischen Betrachtung der Sonderregelungen für Windenergie in § 249 BauGB ab. (...)“

**Frenz, Walter**

**Aktuelle FFH-Judikatur zum Projektbegriff und zur Gebietsabgrenzung**

Natur und Recht (NuR) 2020, Heft 1, S. 1-5

Aus dem Inhalt: „Der Projektbegriff öffnet das Tor zur FFH-Verträglichkeitsprüfung bei erheblichen Beeinträchtigungen auf ein Schutzgebiet. Seine sachgerechte Abgrenzung ist daher von grundlegender Bedeutung. Aktuelle Urteile betreffen sowohl die Grundkonzeption als auch verschiedene Anwendungsfelder wie Kraftwerke, Windenergieanlagen und landwirtschaftliche Aktivitäten. Basis ist aber ein bestehendes Habitatschutzgebiet. (...)“

**Häffner, Sabine/Kron, Mirco/Frey, Prof. Dr. Michael**

**Planungs- und genehmigungsrechtliche Voraussetzungen und betriebswirtschaftliche Aspekte des Repowerings von Windenergieanlagen in Baden-Württemberg**

Zeitschrift für neues Energierecht (ZNER) 2019, Heft 6, S. 529-535

Aus dem Inhalt: „(...) Für eine erfolgreiche Energiewende ist der Ausbau der Windenergie und insbesondere das Repowering ein wichtiger Faktor im Rahmen eines weiteren energie- und umweltpolitisch erwünschten Ausbaus erneuerbarer Energien. Vor dem Hintergrund des Umstiegs vom Vergütungs- zum Ausschreibungsmodell im EEG 2017 stellt Repowering auch in Baden-Württemberg einen wichtigen Baustein im Sinne einer maßvollen und

koordinierten Energiewende dar. Repowering-Potential ist überall vorhanden, wo in der Vergangenheit bereits Windenergieanlagen realisiert wurden. Für eine erfolgreiche Projekt-Umsetzung müssen allerdings die planungs- und genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Der vorliegende Text widmet sich einigen noch nicht abschließend geklärten Rechtsfragen des Repowerings im Planungs- und Genehmigungsrecht. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht muss ein Repoweringprojekt rentabel sein, damit die Möglichkeit eines Repowerings von Betreibern oder Projektierern überhaupt in Betracht gezogen wird.“

**Ihmels, Karl**

**Zur regionalplanerischen Ausweisung von Windparks in europäischen Vogelschutzgebieten**

Zeitschrift für europäisches Umwelt- und Planungsrecht (EurUP) 2019, Heft 4, S. 557-564

Aus dem Inhalt: „(...) das Bundesverwaltungsgericht (...) hat die Anforderungen an die Konzentrationsplanungen kontinuierlich verschärft und in der Konsequenz sind Regionalpläne bzw. Teilpläne in beträchtlichem Ausmaß hinsichtlich ihrer Ausweisungen zum Thema Windenergie gerichtlich kassiert worden. Die Gesetzgebung hat (...) reagiert. Doch rechtliche Unbeachtlichkeits- und Heilungsregelungen zur Begrenzung der Rechtsfolgen festgestellter Fehler finden schnell ihre Grenzen in der Komplexität der Steuerungsaufgabe. (...) Vielmehr bietet sich an, die Planungspraxis zunächst einmal intensiv auf Möglichkeiten einer Entschlackung zu untersuchen und dadurch die juristische Beherrschbarkeit der Steuerungsplanung zu erhöhen. Dies soll hier am Beispiel der Ausweisung von Vorrang- und Eignungsgebieten nach § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 u. 3 ROG in europäischen Vogelschutzgebieten geschehen. (...) Konkret geht es hier um die Frage nach der Zulässigkeit von Windparks in Natura 2000-Gebieten, genauer: in europäischen Vogelschutzgebieten (VSG). Sie erscheint zwar auf den ersten Blick von nur marginaler praktischer Bedeutung, hat aber durchaus regionalplanerische Relevanz. Die Vogelwelt bildet die Hauptkategorie der durch Windkraftanlagen gefährdeten Tierpopulationen. (...)“



**Scheidler, Alfred**

**10-H-Regelung und schlüssiges Gesamtkonzept bei der planerischen Steuerung von Windkraftanlagen**

Umwelt- und Planungsrecht (UPR) 2020, Heft 1, S. 45-49

Aus dem Inhalt: „Windkraftanlagen sind bauplanungsrechtlich im Außenbereich privilegiert (§ 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB), unterliegen aber dem Planungsvorbehalt in § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB. Dieser ermöglicht es den Gemeinden, eine planerische Steuerung vorzunehmen, indem im Flächennutzungsplan (harte bzw. weiche) Tabuzonen festgelegt werden, innerhalb derer Windkraftanlagen ausgeschlossen werden. Zur Bedeutung der Tabuzonen und der Notwendigkeit, bei der Planaufstellung sauber zwischen harten und weichen Tabuzonen zu unterscheiden, haben sich das BVerwG und die Oberverwaltungsgerichte immer wieder geäußert. 1 In der Rechtsprechung noch ungeklärt ist hingegen die Frage, wie sich in Bayern die seit 21.11.2014 geltende „10-H-Regelung“ (Art. 82 BayBO) auf die planerische Steuerung von Windkraftanlagen auswirkt. Nach Absatz 1 dieser Bestimmung findet § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB auf Windkraftanlagen nur Anwendung, wenn diese einen Mindestabstand vom 10-Fachen ihrer Höhe zu bestimmten Wohngebäuden einhalten.“

**Wagner, Stephan**

**Das Gebot substanzieller Flächenausweisungen zugunsten der Windenergie als abwägungsrechtliche Wirkung des Klimaschutzbelangs**

Zeitschrift für dt. und internat. Bau- und Vergaberecht (ZfBR) 2020, Heft 1, S. 20-29

Aus dem Inhalt: „Das Gebot, im Rahmen der Konzentrationszonenplanung von Windkraftanlagen gemäß § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB substanzielle Flächenausweisungen zugunsten der Windenergie vorzunehmen (im Folgenden: „Substanzgebot“), zählt sowohl im Hinblick auf die dogmatische Herleitung als auch die praktische Anwendung zu den problematischsten und umstrittensten Figuren des Raumplanungsrechts. Im folgenden Beitrag wird der Versuch unternommen, es auf eine tragfähige normative Grundlage zu stellen und hieraus Maßgaben oder jedenfalls Leitlinien für seine praktische und rechtliche Operationalisierung zu gewinnen. Wie gezeigt werden wird, steht das Substanzgebot bislang nämlich keineswegs auf einem soliden normativen Fundament, was sich zugleich auf seine Anwendung in der Rechts- und Planungspraxis auswirkt. Entgegen bisheriger Wahrnehmung findet es seine Begründung letztlich in der abwägungsimmanenten Wirkung des Klimaschutz- und Windenergiebelangs und kann nur auf dieser Grundlage sachgerecht operationalisiert werden.“

## 2. Bücher

**Böttcher, Jörg**

**Handbuch Windenergie:**

**Onshore-Projekte: Realisierung, Finanzierung, Recht und Technik**

Walter de Gruyter GmbH & Co KG, 2019

Aus dem Inhalt: „Um Windenergievorhaben erfolgreich zu realisieren, bedarf es eines gemeinsamen Verständnisses und konzertierten Vorgehens aus Technik, Recht und Wirtschaft. Verschiedene Experten aus diesen Bereichen vermitteln, welche Aspekte bei der Realisierung von Windenergieprojekten zu beachten sind. Ein Schwerpunkt der 2. Auflage liegt dabei auf den Auswirkungen, die sich aufgrund der Änderungen des EEG 2017 für Windenergieprojekte ergeben.“

**Frey, Michael**

**Windenergie erfolgreich gestalten; Ein Leitfaden mit Handlungsempfehlungen und Praxishinweisen**

Richard Boorberg Verlag, 2019

Aus dem Inhalt: „Konzipiert für Kommunen, Planungs- und Genehmigungsbehörden und für Vorhabenträger bietet das Werk einen umfassenden Überblick über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die rechtlichen Voraussetzungen der Projektentwicklung. Außerdem werden die Bedeutung der Akteure auf kommunaler Ebene sowie klassische Probleme der Akzeptanz vor Ort beleuchtet. Das Buch schließt mit zwei Praxisbeispielen ab.“

**Kassimowa, Lala**

**Klimaschutz durch Raumordnungsrecht; Mitigationsplanung für den Ausbau der Windenergie an Land**

Schriftenreihe Schriften zum Energierecht; Band 15

Verlag Dr. Kovač, 2019

Aus dem Inhalt: „Im Bereich der raumordnerischen Klimaschutzplanung besteht eine erhebliche rechtswissenschaftliche Forschungslücke. Der Klimawandel hat eine überörtliche Bedeutsamkeit und stellt daher für alle Ebenen der Raumplanung eine Herausforderung dar. Dabei ist eine Weiterentwicklung des Raumordnungsgesetzes im Hinblick auf die Belange des Klimaschutzes dringend erforderlich. Die Verfasserin zielt darauf ab, bereits bestehende Ansätze weiterzuentwickeln sowie ein neues rechtliches Konstrukt zu konzipieren. Dazu wird folgende erkenntnisleitende Fragestellung zugrunde gelegt:

Mit welchen bereits zur Verfügung stehenden Instrumenten der Raumordnung kann ein optimaler Klimaschutz erreicht werden und welche weiteren Handlungsinstrumente im Bereich der Raumordnung können und müssen entwickelt werden, um einen effektiven Klimaschutz, insbesondere durch den Ausbau von Windenergie, zu gewährleisten?“

**Otto, Antje**

**Landschaft und der Ausbau der Windenergie**

in: Kühne, Weber, Berr, Jenal: Handbuch Landschaft  
Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, 2019

Aus dem Inhalt: „In den letzten drei Jahrzehnten wuchs die Zahl der Windenergieanlagen in Deutschland enorm, was Landschaften und deren Wahrnehmungen vielerorts verändert hat und kontrovers diskutiert wird. Die Einbindung landschaftsästhetischer Aspekte in die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen wird als wichtig anerkannt, stellt die Planenden jedoch vor Herausforderungen. In Protesten um Windenergieprojekte spielt die Ablehnung der Landschaftsveränderung eine zentrale Rolle. Allerdings zeigen sich auch akzeptierende und klar befürwortende Einschätzungen windenergiegeprägter Landschaften.“

### 3. Sonstige wissenschaftliche Veröffentlichungen

**Agentur für Erneuerbare Energien**

**Statusreport Föderal Erneuerbar 2019/2020 – Bundesländer mit neuer Energie**

Dezember 2019

Aus dem Inhalt: „(...) Auf den folgenden Seiten werden die bisherigen Entwicklungen und die weiteren Perspektiven der Energiewende in Deutschland beleuchtet, wobei die verschiedenen Technologien und Sektoren einzeln unter die Lupe genommen werden. Zudem wird darauf eingegangen, welche Rolle und Kompetenzen die Länder in der Energiepolitik haben. Die Entwicklungen in den Bundesländern werden im Hauptteil ausführlicher dargestellt.“

[https://unendlich-viel-energie.de/media/file/3621.AEE\\_Bundesländer\\_Statusbericht\\_2019-20\\_online.pdf](https://unendlich-viel-energie.de/media/file/3621.AEE_Bundesländer_Statusbericht_2019-20_online.pdf)

## **Agora Energiewende**

### **Die Energiewende im Stromsektor: Stand der Dinge 2019**

Januar 2020

Aus dem Inhalt: „Mit einem Zuwachs von 17,8 Terawattstunden wurde im Jahr 2019 so viel Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt, wie noch nie. Sie deckten rund 42,6 Prozent des Bruttostromverbrauchs und damit erstmals in etwa genauso viel wie Kernenergie, Braun- und Steinkohle zusammen. Maßgeblich hierfür war ein gutes Wind- und Sonnenjahr. Wenig Impulse gehen vom Ausbau der Erneuerbaren Energien aus. Während der Zubau bei Windenergie an Land dramatisch einbrach, lag er auch bei Photovoltaik unter dem Niveau, das für die Zielerreichung von 65 Prozent Erneuerbaren Energien am Bruttostrombedarf im Jahr 2030 notwendig ist. Der Zubau der Erneuerbaren Energien in den Sektoren Gebäude und Verkehr stagniert weiterhin. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch wächst nur geringfügig auf 14,7 Prozent.“

[https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2019/Jahresauswertung\\_2019/171\\_A-EW\\_Jahresauswertung\\_2019\\_WEB.pdf](https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2019/Jahresauswertung_2019/171_A-EW_Jahresauswertung_2019_WEB.pdf)

## **Deutsche WindGuard**

### **Status des Offshore-Windenergieausbaus in Deutschland**

2019

Aus dem Inhalt: „Im Jahr 2019 speisten in Deutschland 160 Offshore-Windenergieanlagen (OWEA) mit einer installierten Leistung von 1.111 MW erstmals ins Netz ein. Etwa drei Viertel dieser erstmaligen Einspeisungen entfallen auf die zweite Jahreshälfte. Zum 31. Dezember 2019 sind somit 1.469 OWEA mit einer kumulierten installierten Leistung von 7.516 MW in Betrieb. Zusätzlich zu den bereits einspeisenden Anlagen wurden im Jahresverlauf 16 weitere OWEA mit 112 MW vollständig errichtet. Diese erzielten jedoch bis zum Jahresende noch keine Einspeisung ins Netz. Weiterhin befinden sich noch 16 Fundamente in der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ), die bereits im Vorjahr errichtet wurden, jedoch noch nicht mit den zugehörigen Anlagen bebaut worden sind.“

[https://www.windguard.de/veroeffentlichungen.html?file=files/cto\\_layout/img/unternehmen/veroeffentlichungen/2020/Status%20des%20Offshore-Windenergieausbaus%20%E2%80%93%20Jahr%202019.pdf](https://www.windguard.de/veroeffentlichungen.html?file=files/cto_layout/img/unternehmen/veroeffentlichungen/2020/Status%20des%20Offshore-Windenergieausbaus%20%E2%80%93%20Jahr%202019.pdf)

## Deutsche WindGuard

### Status des Windenergieausbaus an Land in Deutschland

2019

Aus dem Inhalt: „Im Jahr 2019 konnte in Deutschland die Errichtung von insgesamt 325 Windenergieanlagen an Land (WEA) mit einer Leistung von 1.078 MW verzeichnet werden. Unter Berücksichtigung eines Rückbaus von 82 WEA mit einer Leistung von 97 MW ergibt sich ein Netto-Zubau von 243 WEA mit 981 MW. Die Installationsaktivitäten haben sich in der zweiten Jahreshälfte im Vergleich zum ersten Halbjahr zwar verbessert, nichtsdestotrotz stellt 2019 das Jahr mit dem geringsten Zubau seit über 20 Jahren dar. Dabei liegt der Zubau 55% unter dem des Vorjahres und 80% unter dem des Rekordjahres 2017. Im Mittel wurde in den zehn vergangenen Jahren (2009-2018) ein jährlicher Zubau von etwa 3,1 GW erreicht, den das Zubaujahr 2019 ebenfalls deutlich unterschreitet. (...)“

[https://www.windguard.de/veroeffentlichungen.html?file=files/cto\\_layout/img/unternehmen/veroeffentlichungen/2020/Status%20des%20Windenergieausbaus%20an%20Land%20-%20Jahr%202019.pdf](https://www.windguard.de/veroeffentlichungen.html?file=files/cto_layout/img/unternehmen/veroeffentlichungen/2020/Status%20des%20Windenergieausbaus%20an%20Land%20-%20Jahr%202019.pdf)

## Fachagentur Windenergie an Land

### 13. Ausschreibung für Windenergieanlagen an Land

Januar 2020

Aus dem Inhalt: „Nach acht unterzeichneten Auktionen in Folge wurde am 1. Dezember 2019 erstmals wieder das ausgeschriebene Volumen (500 MW) überboten: Insgesamt 685 MW Windenergieleistung für potenzielle Anlagenstandorte in zwölf Bundesländern wurden offeriert.

Die sich anbahnende Überzeichnung der Gebotsmenge scheint so manchen Bieter – anders als in den vorangegangenen drei Auktionen – dazu bewogen haben, nicht den Höchstwert zu bieten. Der durchschnittliche Gebots- wie auch Zuschlagswert lagen neun Hundertstelcent unterhalb der letzten drei Ausschreibungen. Der geringste Gebotswert betrug 5,74 ct/kWh; der niedrigste Zuschlagswert lautet auf 5,95 ct/kWh.

Die meiste bezuschlagte Leistung stammt aus Brandenburg (174 MW), gefolgt von Niedersachsen (73,3 MW) und Nordrhein-Westfalen (72,6 MW). Südlich des Netzengpasses (»Mainlinie«) waren elf Windenergieanlagen erfolgreich, was 8,5 Prozent aller erfolgreichen Anlagen (129 WEA) in dieser Ausschreibungsrunde entspricht. (...)“

[https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Analysen/FA\\_Wind\\_Zubauanalyse\\_Wind-an-Land\\_Gesamtjahr\\_2019.pdf](https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Analysen/FA_Wind_Zubauanalyse_Wind-an-Land_Gesamtjahr_2019.pdf)

**Fachagentur Windenergie an Land****Überblick zu den Abstandsempfehlungen zur Ausweisung von Windenergiegebieten in den Bundesländern**

Februar 2020

[https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/PlanungGenehmigung/FA\\_Wind\\_Abstandsempfehlungen\\_Laender.pdf](https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/PlanungGenehmigung/FA_Wind_Abstandsempfehlungen_Laender.pdf)

**Hübner, Gundula/Pohl, Johannes****Naturverträgliche Energiewende - Akzeptanz und Erfahrung vor Ort**

Oktober 2019

Aus dem Inhalt: „(...) Die Suche nach aussagekräftigen Untersuchungsräumen führte uns an Orte, die sich in ihren Eigenschaften ergänzen: Neuenkirchen im Kreis Dithmarschen (Schleswig-Holstein), Heldrungen im Kyffhäuserkreis (Thüringen) sowie die Stadt Lauterstein im Stauferland (Landkreis Göppingen, Baden-Württemberg). So liegen im Umreis von Neuenkirchen gleich mehrere Windparks, in Heldrungen grenzt der Windpark an das circa 35 Quadratkilometer große Fauna-Flora-Habitat „Hohe Schrecke“, und in Lauterstein stehen 16 Windenergieanlagen in einem forstwirtschaftlich erschlossenen Fichtenwald (...). An allen drei Orten haben wir im Laufe des Jahres 2018 lokale ExpertInnen und AnwohnerInnen befragt. Im Rahmen der ExpertInnenbefragung wurden insgesamt mehr als 30 an den Ausbauprojekten beteiligte Personen interviewt, darunter politisch Verantwortliche, ProjektentwicklerInnen, EigentümerInnen der Ausbauflächen und Anlagen, MitarbeiterInnen der örtlichen Umwelt- und Bauämter und Naturschutzbehörden sowie VertreterInnen von Bürgerinitiativen und von Natur- und Umweltschutzverbänden. In der AnwohnerInnenbefragung thematisierten wir die Bürgerbeteiligung, wirtschaftliche Teilhabe an dem Projekt, den Ablauf der Planungs- und Genehmigungsprozesse, die Umweltverträglichkeit der örtlichen Anlagen in Bezug auf Natur, Mensch und Landschaft sowie die bisherige Umsetzung der Energiewende. (...)“

[https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/gesellschaft/Dokumente/BfN-Broschuere\\_Akzeptanz\\_bf.pdf](https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/gesellschaft/Dokumente/BfN-Broschuere_Akzeptanz_bf.pdf)

## IV. Sonstiges

### **Bundesverband WindEnergie**

#### **Wind-to-Gas: Maßnahmen für den Marktanlauf**

November 2019

Aus dem Inhalt: „Ziel des BWE ist ein auf 100 Prozent Erneuerbare Energien basierendes Energiesystem. Dafür müssen die Sektoren miteinander gekoppelt werden, um mit Strom aus Wind- und Solarenergie die noch überwiegend auf konventionellen Energien basierenden Sektoren Wärme, Mobilität sowie die Industrie zu dekarbonisieren.

Power-to-Gas (PtG) ist eine der Schlüsseltechnologien, die sich eignet, um Windstrom in größerem Maßstab in anderen Sektoren zu nutzen. Das mit Hilfe von Elektrolyseuren hergestellte „grüne Gas“ (Wasserstoff oder weiterverarbeitet zu synthetischem Methan) lässt sich problemlos und effizient längerfristig und in großen Mengen speichern und auch über lange Strecken transportieren. Grüne Gase können dabei insbesondere in den Anwendungen zum Einsatz kommen, in denen die direkte Stromverwendung technisch schwierig, weniger effizient und volkswirtschaftlich teurer ist, also z.B. beim Schwerlast-, Schiffs- und Flugverkehr. (...“

[https://www.wind-energie.de/fileadmin/redaktion/dokumente/publikationen-oeffentlich/themen/03-sektorenkopplung/20191108\\_BWE\\_Positionspapier\\_Wind-to-Gas\\_layout.pdf](https://www.wind-energie.de/fileadmin/redaktion/dokumente/publikationen-oeffentlich/themen/03-sektorenkopplung/20191108_BWE_Positionspapier_Wind-to-Gas_layout.pdf)

### **Bundesverband WindEnergie**

#### **Stärkere Beteiligung der Standortkommunen und der Bürger**

Januar 2020

Aus dem Inhalt: „Im Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und SPD vereinbart: „Wir werden durch eine bundeseinheitliche Regelung beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) die Standortgemeinden stärker an der Wertschöpfung von EE-Anlagen beteiligen und die Möglichkeiten einer Projektbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern verbessern, ohne dass dies insgesamt zu Kostensteigerungen beim EE-Ausbau führt.“

Die Windbranche hat große Erfahrungen mit erfolgreichen Modellen der regionalen Wertschöpfung, deshalb befürwortet sie eine einheitliche Regelung. (...) Der BWE schlägt vor, die Vereinbarung der Koalition zur Beteiligung der Standortgemeinden durch einen neuen § 36 a EEG 2017 mit dem Ziel einer Stärkung der regionalen Wertschöpfung auszugestalten. Er sieht vor, ein bis zwei Prozent des jährlichen Umsatzes der Windenergieanlagen für

Maßnahmen zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung im Sinne regional-wirtschaftlicher Effekte im Gebiet der Standort- und/oder den angrenzenden Gemeinden zu verwenden.“

[https://www.wind-energie.de/fileadmin/redaktion/dokumente/publikationen-oeffentlich/themen/04-politische-arbeit/01-gesetzgebung/Positionspapier\\_-\\_RegWirG\\_20200127\\_01.pdf](https://www.wind-energie.de/fileadmin/redaktion/dokumente/publikationen-oeffentlich/themen/04-politische-arbeit/01-gesetzgebung/Positionspapier_-_RegWirG_20200127_01.pdf)

### **Bundesverband WindEnergie**

#### **Stellungnahme zum Kabinettsbeschluss zur Allgemeinen Verwaltungsvorschrift Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen vom 08.01.2020 / Bundesratsdrucksache 15/20**

Stand : 24.01.2020

Aus dem Inhalt: „Der Bundesverband WindEnergie e.V. begrüßt, dass mit der Verabschiedung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen (nachfolgend: AVV) durch das Bundeskabinett am 8. Januar 2020 endlich Bewegung in das schon im Dezember 2018 gesetzlich definierte Ziel der bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung (BNK) gekommen ist. Die Windbranche fordert mit Blick auf die Akzeptanz neuer Anlagen seit Jahren, die Möglichkeit, die roten Feuer auf und an den Anlagen nur noch im Bedarfsfall anzuschalten.

Es ist positiv zu bewerten, dass in der neuen AVV ein technologieneutraler Ansatz gewählt wurde, bei dem verschiedene technische Lösungen zur BNK möglich sind, die sich im Wettbewerb behaupten sollen. Durch den zusätzlichen Einsatz von Infrarotfeuern (...) wird die Sicherheit bereits weiter gesteigert, weshalb wir die strengeren Sicherheitsanforderungen in der durch das Kabinett beschlossenen Fassung der AVV (...) teilweise nicht nachvollziehen können. (...)“

[https://www.wind-energie.de/fileadmin/redaktion/dokumente/meldungen/2020/20200124\\_BW E-Stellungnahme AVV Kennzeichnung.pdf](https://www.wind-energie.de/fileadmin/redaktion/dokumente/meldungen/2020/20200124_BW E-Stellungnahme AVV Kennzeichnung.pdf)

### **BUND/DUH/DNR/Germanwatch/Greenpeace/NABU/WWF**

#### **Thesenpapier zum naturverträglichen Ausbau der Windenergie**

Stand: 30.01.2020

Aus dem Inhalt: „Allgemeine Situation - Einbruch des Ausbaus der Windenergie



(...) Die Klimaerhitzung und der dramatische Verlust der biologischen Vielfalt sind eng miteinander verwoben. Der Erfolg der Energiewende ist dabei entscheidend für das Erreichen unserer Klimaziele (...)

In diesem Zusammenhang darf die Diskussion um den schleppenden Windenergieausbau nicht auf den Artenschutz verkürzt werden. Es gibt gewichtigere Herausforderungen, die konsequent angegangen werden müssen. Hierzu gehören insbesondere die unzureichende Regionalplanung und fehlendes Personal in den Vollzugsbehörden, kaum nachvollziehbare Restriktionen zur Flugsicherung oder ein EEG-Ausschreibungsdesign, das eine Akteursvielfalt und eine bessere Beteiligung von Kommunen und Anwohnern behindert. Zudem ist zu befürchten, dass restriktive pauschale Mindestabstandsregelungen zur Wohnbebauung dazu führen, dass Windenergieanlagen vermehrt in bisher unzerschnittenen Räumen projektiert werden und verstärkend auf Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz wirken. Dennoch gibt es auch aus Sicht des Naturschutzes Ansatzpunkte, um den Ausbau der Windenergie zu beschleunigen und gleichzeitig die Berücksichtigung des Artenschutzes und dessen Vollzug in den Regionen mit Windenergie zu verbessern. Besondere Berücksichtigung bedarf dabei die Umsetzung des europäischen Arten- und Gebietsschutzes (Natura 2000).“

[https://www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/energiewende/Thesenpapier\\_Windenergie\\_Umweltverbaende.pdf](https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energiewende/Thesenpapier_Windenergie_Umweltverbaende.pdf)

*Der Newsletter stellt eine Auswahl an windenergiebezogenen Themen dar und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Irrtümer, Fehler und Änderungen vorbehalten. Auf die Inhalte externer Internetseiten, auf die in diesem Newsletter verlinkt wird, hat die die Stiftung Umweltenergierecht keinen Einfluss. Deshalb ist die Stiftung Umweltenergierecht für diese Inhalte nicht verantwortlich und kann für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr und Haftung übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist allein der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich.*



### Forschung fördern und gemeinsam mehr bewirken

Um weiterhin als Zukunftswerkstatt für den Rechtsrahmen der Energiewende wichtige Impulse setzen zu können, brauchen wir Ihre Unterstützung! Ihre Spende fördert unsere Forschung und hilft, die Energiewende voranzubringen.

#### Kontakt

Hanna Lallathin  
Referentin Fundraising  
lallathin@stiftung-umweltenergierecht.de

#### Spendenkonto

Sparkasse Mainfranken  
IBAN: DE16 7905 0000 0046 743183  
BIC: BYLADEM1SWU

#### Informationen zum Herausgeber:

Herausgeber: Stiftung Umweltenergierecht, Ludwigstraße 22, 97070 Würzburg; V.i.S.d.P.: Thorsten Müller; Kontakt: Tel.: +49 931/794077-0, Fax: +49 931/794077-29, [www.stiftung-umweltenergierecht.de](http://www.stiftung-umweltenergierecht.de), [mail@stiftung-umweltenergierecht.de](mailto:mail@stiftung-umweltenergierecht.de); Stiftungsrat: Prof. Dr. Helmuth Schulze-Fielitz, Prof. Dr. Franz Reimer, Prof. Dr. Monika Böhm; Stiftungsvorstand: Thorsten Müller, Fabian Pause, LL.M. Eur